



April 2025

EUROPAS VERWUNDBARE FLANKEN – SÜDOSTEUROPA UND DER SÜDKAUKASUS

Predrag Jureković, Christoph Bilban

Angesichts des immer stärker erodierenden Systems der internationalen Sicherheit erscheint eine auf stabilen demokratischen Fundamenten sowie Menschen- und Bürgerrechten basierende Kooperation in Europa und mit ihrem geopolitischen Umfeld von größter Bedeutung zu sein. Der Europäischen Union (EU) fällt hierbei als wichtiger integrativer politischer Organisation eine zentrale Rolle zu. Autoritäre Entwicklungen bei einem Teil der Beitrittskandidaten fordern die EU hinsichtlich ihrer demokratischen Grundwerte heraus und vergrößern den Spielraum für konkurrierende Drittstaaten.

Internationale Erosion und regionale Verwundbarkeit

Durch die völkerrechtswidrige Invasion Russlands in der Ukraine entstand einerseits eine geopolitische Dynamik im EU-Erweiterungsprozess. So haben einige der südosteuropäischen Kandidatenländer wie Albanien und Montenegro tatsächlich eine realistische Chance, ihren Beitrittsprozess bis zum Ende dieses Jahrzehnts abzuschließen. Andererseits führen die geopolitischen Konflikte aber auch zu einer stärkeren Verwundbarkeit Südosteuropas und des Südkaukasus.

Die EU-Kandidatenländer des Westbalkans (WB) sowie die Kandidatenländer Moldau und Georgien sind verstärkt antiwestlichen Einflüssen ausgesetzt. In Teilen des Westbalkans und in Georgien treten autoritäre Transformationsprozesse an die Stelle von demokratischen. Auch die aktuelle Krise der transatlantischen Beziehungen erschwert die Absicherung demokratischer Errungenschaften in den EU-Kandidatenländern. Dortige zivilge-

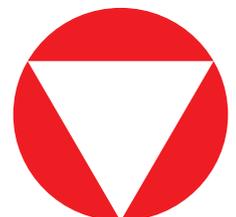
sellschaftliche Akteure zeigen sich zunehmend enttäuscht über die EU-Kommission. Ihr wird mangelnde Kritik- und Sanktionsbereitschaft gegenüber autoritären Politikern vorgeworfen. Der weitere Umgang mit den Kandidatenländern wird deshalb für die EU an ihren verwundbaren Flanken auch zu einem Lackmustest für die eigenen europäischen Grundwerte.

Serbisches Lithium anstelle von Demokratie?

Im Unterschied zu früheren EU-Erweiterungen sind bei den aktuellen Integrationsprozessen Fortschritte bei der Absicherung von Demokratie und Rechtsstaatlichkeit nicht mehr automatisch garantiert. Das deklarative Bekenntnis der Kandidatenländer zu diesen Werten wird teilweise durch die Realpolitik der politischen Führungen konterkariert. Autoritäre Politiker auf dem WB setzen im Kontext der geopolitischen Instabilität zunehmend darauf, auch mit antidemokrati-

EINSATZBEREIT FÜR ÖSTERREICH

BUNDESHEER.AT



UNSER HEER

scher Politik als strategische Partner von der EU akzeptiert zu werden.

In Serbien widersetzen sich Studierende seit November 2024 mittels einer breiten Protestbewegung der Untätigkeit gerichtlicher Instanzen gegen staatliche Korruption und mutmaßliche schwere Kriminalitätsfälle. Die Antwort des serbischen Präsidenten Aleksandar Vučić, der von ihm kontrollierten Regierung und Medien auf die überwiegend friedliche Protestbewegung besteht in der medialen Dehumanisierung dieser jungen Leute. Ihr Eintreten für Demokratie und Rechtsstaatlichkeit wird von den Regierenden in Serbien als „von außen gelenkte Farbrevolution“ diskreditiert. Gewaltbereite Handlanger der Regierung schreckten bisher auch vor lebensgefährdenden Übergriffen nicht zurück, um die Studierenden einzuschüchtern. Bei Massenprotesten in Belgrad mit mehreren hunderttausend Teilnehmenden soll Mitte März eine gesundheitsgefährdende Schallwaffe eingesetzt worden sein. Die Protestierenden machen dafür die Regierung verantwortlich.

Aus der EU kamen trotz dieser autoritären Entwicklungen in Serbien bisher nur verhaltene Appelle den „Weg demokratischer Reformen“ fortzusetzen. Wichtiger als die Verhinderung autoritärer Entwicklungen im Beitrittskandidatenland Serbien scheinen einem Teil der westeuropäischen Politiker die Ressourcenvorkommen dieses Balkanstaates zu sein. Insbesondere Deutschland und Frankreich zeigen Interesse an der Gewinnung serbischen Lithiums für die europäische Autoindustrie. Präsident Vučić wirbt bei der EU-Kommission um Aufnahme des umstrittenen Bergbauprojekts im westserbischen Jadar-Tal in die Liste der strategischen EU-Projekte. Bei der lokalen Bevölkerung stößt die geplante Mine des britisch-australischen Unternehmens Rio Tinto wegen ökologischer Risiken jedoch auf großen Widerstand.

Für die aktuelle politische Führung Serbiens besteht kein Widerspruch zwischen

der Fortsetzung von Beitrittsverhandlungen mit der EU und der gleichzeitigen Vertiefung ihrer sicherheitspolitischen Kooperation mit Russland und China. Die im Dienste von Präsident Vučić stehenden Medien in Serbien verbreiten kritiklos russische Narrative über den Ukrainekrieg und die NATO. Mit chinesischen Sicherheitsinstitutionen bestehen enge Kooperationen bei polizeilichen Überwachungssystemen in serbischen Städten.

Krise und möglicher Wendepunkt in Bosnien und Herzegowina

Während solche sicherheitspolitischen Partnerschaften mit autoritären Staaten demokratisch gesinnte Bürger in Serbien und anderen Staaten der Region sehr beunruhigen, sieht Putins Russland in der Unterstützung nationalistischer Akteure am WB ein probates Mittel, um die EU in ihrem eigenen geopolitischen Umfeld außenpolitisch zu schwächen. Eine Schlüsselrolle spielt dabei der Präsident des bosnisch-herzegowinischen Staatsteils Republika Srpska (RS), Milorad Dodik. Ende Februar wurde er vom bosnisch-herzegowinischen Strafgerichtshof in erster Instanz zu einer einjährigen Haftstrafe und einem sechsjährigen Verbot, ein öffentliches Amt auszuüben, verurteilt.

Vorangegangen waren dem Urteil schwere Verstöße Dodiks gegen die bosnisch-herzegowinische Verfassung und Entscheidungen des Hohen Repräsentanten der UNO für Bosnien und Herzegowina (BiH), Christian Schmidt. Auf weitere separatistische Maßnahmen und Verletzungen des Dayton-Friedensvertrags, die von der politischen Opposition der RS nicht unterstützt wurden, folgte im März ein Haftbefehl der Staatsanwaltschaft von BiH gegen Dodik sowie weitere Spitzenrepräsentanten der RS. Für seine auf politische Eskalation abzielende Politik hat Dodik starken Rückhalt aus Moskau und Belgrad. Wegen der politischen Unterstützung des RS-Präsidenten durch den ungarischen Ministerpräsidenten Viktor Orbán sind gemeinsame EU-Sanktionen derzeit nicht

möglich. Die kroatische Regierung hat ebenfalls ablehnend zu Sanktionen Stellung genommen. Einzelne EU-Staaten wie Deutschland und Österreich verhängten aber im April unilateral Einreiseverbote gegen die RS-Führung. Insgesamt befand sich der multiethnische Staat BiH im Frühjahr 2025 in seiner bisher gefährlichsten Nachkriegskrise. Darauf reagierte auch die EU-Friedenstruppe EUFOR Althea mit der Aufstockung ihrer Personalstärke von 1.100 auf 1.500 Militärpersonen. Die Krise kann entweder zur ernsthaften Bedrohung für den multiethnischen Staat werden oder aber – im Falle der Entmachtung Dodiks – ein positiveres politisches Kapitel für BiH eröffnen.

Die EU-Westbalkan-Politik „reloaded“

Ohne ein eindeutiges Bekenntnis zu demokratischen Standards und Rechtsstaatlichkeit können noch bestehende Konflikte am WB nicht gelöst werden. Diese Aussage trifft vor allem auch auf die weiterhin sehr konfliktreichen und sicherheitspolitisch gefährlichen Beziehungen zwischen Belgrad und Prishtina/Priština zu. Der auf eine De-facto-Anerkennung des Kosovo durch Serbien und die Ausweitung der Autonomie für die Kosovo-Serben hinauslaufende EU-Plan hat nur eine Chance, wenn die EU beiden Seiten eine glaubwürdige europäische Integrationsperspektive anbieten kann. Positive regionale Dominoeffekte wie ein rascher Abschluss der EU-Beitrittsverhandlungen mit Albanien und Montenegro sowie die Beendigung der Blockadepolitik Bulgariens gegenüber Nordmazedonien wären dafür sicherlich hilfreich.

Georgien wandelt auf russischen Pfaden

Für die EU stellt auch die gegenwärtige Politik der georgischen Regierung eine normative Herausforderung dar. Georgien galt lange als einer der Vorreiterstaaten hinsichtlich einer EU-Integration im Raum der Östlichen Partnerschaft. Für die Gewährung des EU-Beitrittskandidatenstatus im Dezember 2023 wurden durch

die Regierung des „Georgischen Traums“ (GT) einige Reformen zur Angleichung an EU-Normen und -Werte umgesetzt. Die EU erhoffte sich durch die Verleihung des Kandidatenstatus auch eine Stärkung der demokratischen Kräfte, was sich spätestens durch die Verabschiedung des umstrittenen „Transparenzgesetzes“ und weiterer illiberaler Gesetze vor den Parlamentswahlen 2024 als Makulatur erwies.

Beobachter erwarten, dass der Druck auf oppositionelle Parteien sowie insbesondere kritische Medien und pro-demokratische NGOs 2025 weiter steigen wird, wenn der „Foreign Agents Registration Act“ und weitere repressive Gesetze wie das neue Rundfunkgesetz in Kraft treten. Unter anderem soll so die Regierung zukünftig finanzielle Unterstützung für Medien und NGOs aus ausländischen Quellen vorab genehmigen müssen. Zudem versucht die Regierung des GT nun Oppositionsparteien verbieten zu lassen. Sie lässt bereits das „autoritäre Regime“ des ehemaligen Präsidenten Micheil Saakaschwili und der nunmehrigen Oppositionspartei „Vereinigte Nationale Bewegung“ untersuchen und will ihnen unter anderem die alleinige Verantwortung für den russisch-georgischen Krieg 2008 anlasten.

Seit den von der Opposition und auch internationalen Beobachtern heftig kritisierten und teils manipulierten Parlamentswahlen von Oktober 2024 kommt es in Georgien zu massiven Protesten der pro-europäischen Teile der Bevölkerung. Besonders junge Menschen sehen in der EU nach wie vor die Zukunft ihres Landes, während dennoch große Teile – insbesondere außerhalb der urbanen Räume – sich zum regierenden GT bekennen. Im Wahlkampf setzte der GT vor allem auf ein Klima der Angst. Eine „globale Kriegspartei im Westen“ wolle Georgien in einen Krieg mit Russland treiben, so die Wahlkampfbotschaft. Einzig der GT verhindere anti-georgische Einflussnahme aus dem Westen. Damit folgte die Partei einem von Russland kopierten Narrativ der „souveränen Demokratie“.

Das grundsätzliche Bekenntnis der seit 2012 regierenden Partei „Georgischer Traum“ zu einer EU-Integration maskierte lange den wachsenden russischen Einfluss im Land. Die pro-russische Partei wurde vom Oligarchen und Milliardär Bidzina Iwanischwili, der über enge Kontakte nach Russland verfügt, gegründet. Der GT sucht seither die Normalisierung der Beziehungen mit Moskau. Von Russland wurde dies immer wieder positiv aufgenommen. Besonders seit 2023 signalisiert Moskau immer öfter Unterstützung für die anti-westliche Haltung der amtierenden Regierung. Schon 2013, nach der ersten Wahl des GT, hob der Kreml ein seit 2006 bestehendes Embargo gegen Georgien auf. Die Handelsbeziehungen wachsen seither stetig. Für Treibstoffe (Benzin, Diesel, LPG) wurde Russland wieder ein Hauptlieferant. Nach Putins Angriff auf die Ukraine 2022 erreichten die russischen Direktinvestitionen Rekordwerte und auch Immobilienkäufe in Georgien sind massiv angestiegen. Die EU ist mit rund 21% (2023) zwar einer der größten Handelspartner Georgiens, Russland ist aber als einzelner Staat mit 11% ebenso wichtig. Somit kann Russland jederzeit spürbar Druck auf die georgische Wirtschaft ausüben.

Die Stabilität-versus-Werte-Falle

Mit dieser Einflusspolitik stärkt Moskau einen Akteurstyp, mit dem die EU in ihrem Umfeld immer öfter konfrontiert ist: Regierungen, die vor allem am Machterhalt interessiert sind und eine Wählerschaft, die sich von der EU vor allem eine wirtschaftlich bessere Zukunft erhofft. Lebensstandard und Sicherheit sind in Georgien laut Umfragen die Hauptgründe für den EU-Beitritt, während Werte wie Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und Meinungsfreiheit deutlich seltener genannt werden. Daher kann der GT auch weiter formal an seinem EU-Beitrittswunsch

festhalten und findet in der EU selbst genügend politische Partner, welche die Union gerne auf ein Wirtschaftsbündnis reduzieren würden.

Ableitungen

- ❶ Die Akzeptanz autoritärer Entwicklungen in Kandidatenländern durch die EU zum Zwecke der Erhaltung einer vermeintlichen Stabilität und strategischen Partnerschaft schadet dem europäischen Integrationsziel sowie der EU-Rolle als Konfliktvermittler und eröffnet zusätzliche Spielräume für autoritäre Drittstaaten.
- ❷ Der Protest der Studentenbewegung in Serbien ist Ausdruck einer demokratischen Gegenbewegung zur autoritären Entwicklung in diesem für die Friedenskonsolidierung zentralen Balkanstaat.
- ❸ Die Voraussetzung für eine Beendigung der Staatskrise in BiH ist ein politischer Neubeginn in der Entität RS, mit politischen Repräsentanten, die nicht gegen den Dayton-Friedensvertrag und die BiH-Verfassung verstoßen haben.
- ❹ Wegen der angespannten politischen und Sicherheitslage am WB bleibt die weitere Präsenz der Friedenstruppen EUFOR in BiH und KFOR im Kosovo von essenzieller Bedeutung.
- ❺ Im Umgang mit Georgien sollte die EU ihre Kritik an autoritären Praktiken mit weiteren konkreten Sanktionen verknüpfen. Zudem sollte die EU bzw. sollten ihre Mitglieder georgischen NGOs und Medien die Möglichkeit bieten, ihre Arbeit außerhalb von Georgien fortzusetzen, falls diese ihre Aktivitäten im Land einstellen müssen.

Impressum:

Medieninhaber, Hersteller, Herausgeber: Republik Österreich / BMLV, Roßauer Lände 1, 1090 Wien
 Redaktion: Landesverteidigungsakademie/IFK, Stiftgasse 2a, 1070 Wien
 Periodikum der Landesverteidigungsakademie
 Copyright: © Republik Österreich / BMLV / Alle Rechte vorbehalten
 Druck: ReproZ W 25-XXXX, Stiftgasse 2a, 1070 Wien



www.facebook.com/lvak.ifk